Soziale Grundsätze in der Lebensmittelverteilung

Auszug aus einer Schrift zur Erlangung der Würde eines doctor rerum politicarum bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau vorgelegt

von

Dorothea Kische

Gedruckt mit Genehmigung der jur. Fakultät
der Universität Breslau

Berichterstatter: Professor Dr. Mitscherlich

1921

Die Arbeit stellt den Versuch dar, die staatliche Regelung der Lebensmittelverteilung während des Krieges als eine Organisation zu beweisen, die die Psyche des Zeitalters, in dem sie entstand, teils bewußt, teils unbewußt, verkörpert. Sie charakterisiert dieses Zeitalter als spezifisch soziales, definiert den Begriff sozial und stellt für eine „soziale" Lebensmittelverteilung die sich daraus ergebenden Forderungen auf. Sie mußten für die Preispolitik andere sein als für die Verteilungspolitik. Eine soziale Preispolitik verlangte, daß gewisse Maßnahmen für alle Betroffenen gleichmäßig galten und nur in bescheidenem Maße darüber hinaus einzelne Vorschriften für die Kreise mit niederer Kaufkraft geschaffen würden. Dagegen mußte von einer Verteilungspolitik, die sozial sein sollte, erwartet werden, daß sie von vornherein auf die berechtigten Unterschiede in den menschlichen Bedürfnissen Rücksicht nahm, — allerdings nur soweit, als die Organisation solche Differenzierungen technisch leisten konnte.

Der Hauptteil zeigt, ob und wie weit im einzelnen diesen Forderungen entsprochen wurde: er versucht zu beweisen, daß die Lebensmittelverteilung sich zuerst ganz unbewußt und daher unvollkommen nach sozialen Gesichtspunkten orientierte und erst ganz allmählich immer bewußter ihnen angepaßt wurde; er untersucht weiter, ob, auf dem Höhepunkt ihrer Entwickelung angekommen, sie allen möglichen Forderungen entsprach, ob man etwa zu weit gegangen ist, oder wie man anders hätte verteilen sollen.

Bei der Preispolitik, die aus guten Gründen früher als die Verteilungspolitik einsetzte, werden 2 Gruppen von Maßnahmen dargestellt, einmal solche, die die entstehende Teuerung ganz oder bis zu einem gewissen Grade zu negieren versuchten und solche, die die Kaufkraft des einzelnen mehr oder minder genau den Preisverhältnissen anpassen wollten. Das Bekenntnis zu einer bestimmten Theorie über die Entstehung und Zusammensetzung der Preise erschien daher notwendig; man bestimmte, daß nur die nach ihr und keiner anderen Weise gefundenen Preise genommen werden durften. Da man aber nicht von vornherein nach dieser Theorie sich richtete — die dahingehende Verordnung datiert vom 25. Dezember 1915 — so sind auch schon vorher entstandene Verordnungen zu besprechen. Und nachher wurde sie bald durch geschickte, moralisch nicht zu billigende Manöver zu umgehen versucht, — auch dagegen ging man mit Mitteln der Preispolitik vor.

Schließlich standen aber auch die sogen. „gerechten“ Preise nicht in einem unbedingten Widerspruch zu erhöhten überhaupt. Als diese so hoch wurden, daß sie von einem großen Teile der Bevölkerung nicht mehr bezahlt werden konnten, mußte die Preispolitik mit einer ganz anderen Art von Hilfsmaßnahmen einsetzen.

Die Arbeit bespricht dann im einzelnen die auf diese oder jene Art zurückzuführenden Vorschriften. Sie beurteilt das Höchstpreisgesetz, die vielgestaltige Wuchergesetzgebung und stellt die mehrfachen eigentlichen Verbilligungsmaßnahmen dar. Sie erkennt dabei an und führt durch, daß die Absicht, sozial zu sein, immer energischer vertreten und in die Praxis umgesetzt wurde; sie tadelt, daß man jedoch regelmäßig die letzten Konsequenzen scheute und daß man daher letzten Endes einen Mißerfolg feststellen muß — wenn auch zugegeben wird, daß ein großer Teil den so überaus ungünstigen Gesamtverhältnissen und nicht der Organisation zur Last gelegt werden muß.

In konsequenter Durchführung sozialer Grundsätze innerhalb der Preispolitik konnte man nicht übersehen, daß allmählich das gesamte Preisniveau trotz aller möglichen Versuche, es niedrig zu halten, eine für viele Verbraucherkreise fast unerträgliche Höhe erreicht hatte; logischerweise hielt man sich für verpflichtet, hiergegen besonders einzuschreiten. Eine genaue Abgrenzung dieser Kreise gegenüber denen, welchen man die Bezahlung solcher Preise noch zumuten zu können glaubte, ist nicht erfolgt. Man hat hier überhaupt die Initiative und die Durchführung von geeigneten Maßnahmen vollständig den einzelnen Kommunen überlassen und sie von Staatswegen nur dazu aufgefordert und unterstützt. Trotz dieser Zersplitterung haben sich 3 Grundformen herausgebildet: die Preisstaffelung nach dem Einkommen, die Sonder- oder Mehrlieferung an Minderbemittelte und die Massenspeisungen. Während erstere nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielten, sind die Massenspeisungen zu einer umso größeren Bedeutung gelangt und die Arbeit konnte sie als soziale Einrichtung ersten Ranges bewerten. Sonst sind nach dieser Richtung hin keine weiteren Versuche angestellt worden. Die Arbeit stellt dahin, ob hier nicht viel mehr hätte geleistet werden können.

Ganz andere Forderungen stellt die Arbeit für eine soziale Verteilungspolitik auf — tatsächlich ist die Verteilung von vornherein nach ganz anderen Gesichtspunkten organisiert worden. Die Tendenz zur Differenzierung mußte hier eine weit größere Rolle spielen. Als von allgemeiner Bedeutung wird eigentlich nur die Tatsache hingestellt, daß überhaupt verteilt und nicht das Wirtschaftsleben seinen eigenen Kräften überlassen wurde. An der rein äußerlich belanglosen, aber gerade deshalb umso sozialer erscheinenden Sonderbehandlung des Reiseverkehrs im weitesten Sinne, der sich dem Grundsystem der festen Formen

nicht anpassen konnte und an dem fein und reich ausgebauten sog. Zulagewesen weist die Arbeit die Richtigkeit ihrer Behauptung nach, daß nämlich das, was zuerst unbewußt und daher so bedeutungsvoll die Organisation trug, der soziale Gedanke, schließlich das immer konsequenter durchgeführte Motiv des Systems wurde. Dabei erfahren die Beweisstücke, nämlich die Darstellung der Schwerarbeiter-, Kranken-, Kinder-, Mütter-, Greisen- und Kriegsverletztenfürsorge, im einzelnen ihre kritische Betrachtung.

Im Schlußgedanken weist die Darstellung darauf hin, daß dieses sozial gedachte und sozial ausgearbeitete System von selbst unsoziale Folgeerscheinungen zeitigte. Außer an Einzelheiten, wie an das Kettenstehen, den Schleichhandel, die Kleinheit der Rationen usw., wird daran erinnert, daß die allgemeine Stimmung eine höchst unzufriedene war. Die Hauptschuld an ihnen wird allerdings den so überaus ungünstigen wirtschaftlichen Umständen zugeschrieben, für die kein einzelner verantwortlich zu machen ist.

Die letzte Frage, die in diesem Zusammenhange gestellt werden kann, nämlich, ob die so auffallende Durchdringung eines der Zeit an und für sich fremden Gebildes mit dem Geist der Zeit diesen selbst verändert hat, wird dahin beantwortet, daß das System der Lebensmittelverteilung keinesfalls dazu beigetragen hat, die politische Umwälzung herbeiführen zu helfen. Nichts ist falscher, als es zu einer Form des Staatssozialismus stempeln zu wollen.

L. Fernbach, Bunzlau